

FRIEDENSFÄHIG STATT KRIEGSTÜCHTIG

Nein zu US-Mittelstreckenraketen – verhandeln statt eskalieren!

SA. 22. FEB. 25: DEMONSTRATION IN HEIDELBERG, Ab 14 Uhr, Bismarckplatz

Redeentwurf Ulrich Duchrow

Liebe Friedensfreundinnen und liebe Friedensfreunde,

1979 war der Nato-Doppelbeschluss zur Aufstellung der *Mittelstreckenraketen* in Europa der Beginn einer großen Friedensbewegung. Ich wünsche uns, die wir hier versammelt sind, dass auch wir der Anfang einer neuen großen Friedensbewegung sind. Denn die ist wieder bitter nötig. Darum protestieren wir wieder gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland und gegen die Kriege überhaupt.

Damals hat die Friedensbewegung nachweislich beigetragen zu Gorbatschows Beendigung des Kalten Krieges. Außerdem führte sie zur Friedenspolitik Willy Brandts und Egon Bahrs – damals gab es noch solche Leute in der SPD. Gemeinsam mit dem russischen Präsidenten und Skandinaviern wie Olaf Palme haben sie damals das Europäische System Gemeinsamer Sicherheit entwickelt. Genau das fehlt uns heute! Die Sicherheitsinteressen aller müssen berücksichtigt werden – auch die Russlands –, sonst kann es einen Frieden geben.

Genau dieses Europäische System Gemeinsamer Sicherheit aber wollten damals die USA nicht. Sie wollten keine auf Kooperation ausgerichtete multipolare Weltordnung, sondern sie wollten das Ende des Kalten Kriegs als Sieg auskosten, die einzige Weltmacht bleiben. Sie wollten die unipolare Weltordnung durchsetzen, das neue amerikanische Jahrhundert (The New American Century), wie es dann hieß.

Das wurde im sog. Wolfowitz-Memorandum von 1991/92 zunächst geheim aufgeschrieben. Man kann das alles u.a. im Buch von Noam Chomsky nachlesen unter dem Titel: „Die Konsequenzen des Kapitalismus“. Im Wolfowitz-Memorandum steht nämlich, dass das Europäische System der gemeinsamen Sicherheit ersetzt werden muss. Nur die NATO unter Führung der USA darf für Sicherheit sorgen. Das wurde 1997 ergänzt durch das Konzept, die Ukraine in dieses System zu integrieren, um den Euro-asiatischen Markt zu beherrschen. Auch das kann man nachlesen im Buch von Brzezinski, Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Und die Europäer waren dumm genug, dabei mitzumachen. Jetzt haben sie die Quittung: den *Ukrainekrieg*, für den natürlich Putin direkt verantwortlich ist. Aber die Vorbedingung dafür haben die USA und Europa geschaffen. Sie haben das Versprechen an Gorbatschow gebrochen, die NATO nicht über die Elbe hinaus nach Osten zu erweitern.

Und 2022 im März/April haben die USA und Großbritannien befohlen, den fertigen Friedensvertrag zur Beendigung des Ukrainekriegs nicht zu unterschreiben. Damals hätte der Krieg nach wenigen Wochen beendet werden können. Und jetzt schiebt Trump anderen die Schuld in die Schuhe. Das ist reiner Zynismus..

Lasst uns dazu beitragen, dass dieser Krieg so schnell wie möglich durch Verhandlungen beendet wird. Aber diese müssen gleichzeitig das System der gemeinsamen Sicherheit zwischen Europa und Russland erneuern. Das unnötige Sterben in der Ukraine muss sofort aufhören. Und die ukrainischen und europäischen Kinder und Enkelkinder sollten nicht wegen der imperialistischen USA und deren Dummheit der europäischen Regierungen noch einmal eine solche Katastrophe erleben müssen. Vor allem aber sollten sie nicht die ganzen sozialen und ökologischen Kosten bezahlen müssen, die durch den Krieg und die durch ihn ausgelöste Aufrüstungssorgie entstehen. Habeck von der ursprünglichen Friedenspartei der Grünen spricht inzwischen von 3,5% des Bruttosozialprodukts, AfD sogar von 5% – ein reiner Wahnsinn.

So sollten wir den Kampf gegen die Aufstellung der Mittelstreckenraketen der USA dazu nutzen, um die ganze Geschichte und Gegenwart der USA-Strategie aufzudecken und in Frage zu stellen.

Wir wollen die von ihr dominierte unipolare Weltordnung nicht! Europa hat hier eine Schlüsselrolle zur Verhinderung von noch Schlimmeren wie Atomkrieg und Krieg mit China.

Aber auch der *Krieg Israels* gegen das besetzte palästinensische Volk, den Libanon und Syrien ist nur möglich, weil USA, Europa und vor allem Deutschland die Völkerrechtsverbrechen Israels seit Jahrzehnten bedingungslos unterstützen. USA blockiert im Sicherheitsrat alle UNO-Beschlüsse zur Durchsetzung des Völkerrechts in Israel-Palästina. Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat noch im letzten Jahr wieder bestätigt, dass die Besetzung von Gaza, Westjordanland, Ostjerusalem und Golanhöhen illegal ist und dass deshalb alle Vertragsstaaten verpflichtet sind, alles zu tun, um diese illegale Besetzung zu beenden.

Stattdessen liefern USA 70% und Deutschland 30 % der Waffen an Israel, mit denen die rechtsextreme Regierung dort vor aller Welt Augen Völkermord am palästinensischen Volk begeht. Bundeskanzler *Scholz* weigert sich, von Völkermord zu sprechen. Dabei hält der IGH diese Bezeichnung für plausibel und hat deshalb ein Verfahren gegen Israel eingeleitet. Dabei haben die UNO, Menschenrechtsorganisationen und renommierte HolocaustforscherInnen den Beweis geführt, dass es sich um Völkermord handelt. Übrigens wird die Generalsekretärin von Amnesty Deutschland den 300 Seiten starken Bericht von AI zum Völkermord nächste Woche am 28.2. im Collegium Academicum vorstellen. Herzliche Einladung!

Auch der Kanzlerkandidat *Merz* tritt das Völkerrecht und die Rechtsinstitutionen mit Füßen. Er will, wenn er Kanzler ist, den für den Völkermord verantwortlichen Netanyahu nach Deutschland einladen, obwohl ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen diesen vorliegt.

Ja, alle Parteien im Deutschen Bundestags außer der Linken haben 2019, 2023 und jetzt 2025 Beschlüsse gefasst, die Kritik an den Völkerrechtsverbrechen Israels und Widerstand dagegen wie Boycott, Divestment und Sanktionen (BDS) als Antisemitismus diffamieren. Dagegen haben alle Gerichte inklusive Bundesverwaltungsgericht festgestellt, dass solche Kritik und BDS unter Artikel 5 des Grundgesetzes zum Schutz der Meinungsfreiheit fällt. Also die Mehrheit unserer Volksvertreter halten sich in diesem Fall nicht nur nicht an das Völkerrecht, sondern auch nicht an das Grundgesetz.

Darum lasst uns morgen keine der Parteien wählen, die bewusst das Völkerrecht und das Grundgesetz verletzen. Lasst uns nachhaltig für soziale und Klima-Gerechtigkeit sowie für Frieden eintreten. Dann werden wir wieder eine so starke Friedensbewegung wie Anfang der 1980er Jahre.

Dazu ein Letztes: Das wird uns nur gelingen, wenn wir mit den progressiven Gruppen innerhalb der Gewerkschaften diese zur Beteiligung bewegen. Denn sie haben das Streikrecht. Und nur stärkerer Druck von unten kann die herrschende Unrechts- und Kriegspolitik verändern.

Gemeinsam sind wir stärker!